



Rede von
Guido van den Berg MdL

zum:

**„Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des
Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen – Stärkung des
Industriestandorts in Nordrhein-Westfalen“**

**Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1128
erste Lesung**

**am Mittwoch, 15. November 2017
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in Plenarprotokoll 17/11)**

www.guido-vandenbergh.de

Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Erkenntnisgewinn kann man schon ziehen; denn einiges in der Rede der CDU-Fraktion hat sich jetzt anders angehört, als es in der letzten Wahlperiode der Fall war.

(Christian Loose [AfD]: Eine Wendehals-Politik!)

Die CDU hat uns heute erklärt, dass es durchaus sinnvolle Ziele in der Klimaschutzgesetzgebung und im Klimaschutzplan gab und gibt und man das auch nicht infrage stellen wolle. Sie hat sich auch zu den Zielsetzungen bekannt. Das alles klang von diesem Pult in der letzten Wahlperiode noch deutlich anders. Von daher müssen wir das aufmerksam verfolgen.

Frau Plonsker, wir werden uns genau ansehen, welche Halbwertszeit Ihre Aussagen an dieser Stelle haben, um es energiepolitisch auszudrücken. Sie haben heute verkündet, dass es keine Abschaltung von Braunkohlekraftwerken jenseits der Sicherheitsbereitschaft und des Auslaufens des Tagebaus Inden und des Kraftwerks Weisweiler geben wird. Als aufmerksamer Leser von Tageszeitungen bekomme ich mit, dass es ein Angebot über zehn Kraftwerksblöcke seitens der Unionsfraktion bei den Verhandlungen in Berlin gegeben hat. Entweder spielt die CDU Nordrhein-Westfalen also in der Diskussion keine Rolle, oder hier finden zwei parallele Veranstaltungen statt. An dieser Stelle müssen Sie sich entscheiden, wo Sie stehen, was Sie wollen und an welcher Stelle Sie eigentlich unterwegs sind.

Meine Damen und Herren, ich habe auch vernommen, dass Sie gesagt haben, man muss es so betreiben, dass das Ganze nicht nur in einem Sektor stattfindet. Wir werden aufmerksam verfolgen, ob das letztendlich das Ergebnis Ihrer Verhandlungen in Berlin ist, Frau Plonsker. Auch da lese ich ganz anderes. Es wäre wünschenswert, dass man marktgerecht und unter dem Vorzeichen, dass wir letztendlich in einem europäischen Emissionshandel stehen, die Dinge betrachtet und betreibt. Ich erkenne beim Studium der Zeitungen zu dem Stand Ihrer Koalitionsverhandlungen aber nicht, dass das die treibende Kraft ist und sich das durchsetzt.

Also: ein bisschen Wahrheit und Ehrlichkeit! Ein Stück weit muss sich das in Ihren Beschlusslagen am Ende wiederfinden, sonst ist das hier alles eine Märchenstunde. Wir brauchen keine Bekenntnisse in der Region von Parteien, die sagen, wir sind auch für die Braunkohle und stehen zur Kraftwerkswirtschaft oder sonst was, sondern man muss sich dann auch vor den Zug werfen und muss das in Verhandlungen klar und deutlich machen und am Schluss auch mit Ergebnissen nach Hause kommen. Das ist das, was man hinkriegen muss. Ich sage Ihnen an der Stelle auch persönlich als Abgeordneter: Ich weiß, dass das schwierig ist. Dietmar Brockes weiß, dass ich mich notfalls auch einmal vor den Zug geworfen habe. Ralph Bombis, den ich da sehe, weiß das auch.

(Zuruf von der FDP)

Aber ich gucke mir jetzt genau an, ob es auch bei der CDU-Fraktion und bei der FDP-Fraktion Kolleginnen und Kollegen gibt, die das auch so tun werden, oder ob das nicht der Fall ist, meine Damen und Herren. Ich glaube, das muss man an dieser Stelle einfordern dürfen.

Meine Damen und Herren, zu dem Antrag des Antragstellers ist eigentlich nicht so viel zu sagen. Das muss man an dieser Stelle deutlich sagen. Denn der Kernsatz Ihres Antrags lautet: „Der anthropogen verursachte Klimawandel ist wissenschaftlich nicht gesichert.“ Also, der menschengemachte Klimawandel sei nicht gesichert. Das wollen Sie uns erklären. Jeder, der sich ein bisschen mit den Themen beschäftigt hat, weiß, dass es bei fast jeder wissenschaftlichen Frage Mehrheits- und Minderheitsmeinungen gibt. Wenn man sich anguckt, wie die Bandbreite ist, finden Sie zu jeder Frage fast jede Meinung. Das ist in der Wissenschaft nichts Ungewöhnliches. Aber es gibt kaum eine Frage, bei der sich der anthropogene Einfluss so deutlich und so klar mit einer Mehrheitsmeinung der Wissenschaft unterlegen lässt, wie bei dieser Frage, was den Klimawandel angeht. In kaum in einem anderen Bereich ist das so der Fall.

Der australische Klimaforscher John Cook hat 4.014 Studien untersucht und nachgeschaut, wie sich die Klimaforscher zum Klimawandel äußern. Er kam zu dem Ergebnis, dass 97% bestätigen, dass die Menschheit für den Klimawandel mitverantwortlich ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Dr. Vincentz von der AfD möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Guido van den Berg (SPD): Ich würde jetzt gern im Zusammenhang vortragen. Ich glaube nicht, dass uns das weiterbringt, Frau Präsidentin.

Naomi Oreskes, Wirtschaftshistorikerin an der Universität Harvard, untersuchte 696 Studien mit dem gleichen Ergebnis. Wenn man sich diese beiden Studien und die Auswertungen anschaut, dann fällt einem eines auf: Je näher die Forscher an dem Kern, an dem Ursprung sind, ob es Meteorologen oder Klimatologen oder Wirtschaftsgeologen sind, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ganz klar sagen: Es gibt diesen Zusammenhang, wir müssen da etwas tun, das menschliche Handeln ist ein Hauptauslöser von Klimafolgen. Je weiter die Profession des Wissenschaftlers von, ich sage mal, dem Kern der Geschichte entfernt ist, desto höher wird der Grad der Nichtübereinstimmung. Bei den Studien von Wirtschaftswissenschaftlern können Sie feststellen, dass 50 % das anders sehen. Das ist ein interessanter Befund, weil das natürlich auch auf etwas hindeutet, was mich selbst bewegt. Ich bin im Hause, glaube ich, nicht als einer bekannt, der blind einem überhöhten Ziel hinterherrennt.

Mich bewegt vielmehr auch die Frage: Was kannst du in einer abgewogenen Entscheidung verantworten? Man darf aber gleichzeitig die Augen nicht davor verschließen, dass Herausforderungen bestehen; man darf diese nicht leugnen. Das ist das, was in diesem Antrag, der uns heute vorgelegt wird, leider geschieht.

Sie tun etwas Weiteres, was, glaube ich, an dieser Stelle noch viel schlimmer ist. Sie verkennen die große Chance, die für einen Industriestandort wie Nordrhein-Westfalen dahinter steht, das Thema Klimaschutz als etwas zu begreifen, was Fortschrittmotor für unsere gesellschaftliche und industrielle Entwicklung ist, sein kann und weiter werden kann.

Meine Damen und Herren, im Bereich des Maschinenbaus, des Anlagenbaus, der chemischen Industrie spielt nicht nur das Thema erneuerbare Energien, sondern

allgemein das Thema Energieeffizienz eine ganz zentrale Rolle. Lieber Dietmar Brockes, ich erinnere mich an unsere Arbeit in der Enquete-Kommission Chemie. Dort haben wir deutlich herausgearbeitet, welche Erfolge es in der Vergangenheit in diesem Bereich gegeben hat. Der Energieeinsatz der chemischen Industrie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in Nordrhein-Westfalen seit 1990 um 20 % gesunken. Gleichzeitig ist die Produktivität aber um 60 % gestiegen. Ich sage nicht, dass das eine Blaupause ist, die sich auf alle Industriezweige, auf alle Branchen übertragen lässt. Ich will auch nicht so tun, als könnten wir irgendwelche Zahlen in die Welt setzen, die so etwas postulieren. Aber ich will deutlich machen: Es kann gelingen. Das setzt Ingenieurskunst voraus, das setzt voraus, dass sich Menschen in diesem Themenfeld engagieren und eine Chance darin sehen, Dinge weiterzuentwickeln und neu zu entwickeln.

Deswegen wundert es mich so, dass Sie sich auf die wenigen Prozent der Klimaleugner stützen und glauben, es könnte auch so sein; lasst uns dann lieber denen folgen und gar nichts tun – statt zu erkennen, dass dies eine Riesenentwicklungschance für die Welt ist. Sie regen sich an anderer Stelle auf, dass Flüchtlinge unterwegs sind. Sie regen sich auf, dass Deutschland dort der Verantwortung gerecht wird, wo Sie meinen, dieser Verantwortung müsste Deutschland nicht so gerecht werden. Aber Sie müssten erkennen, dass das ein Entwicklungspotential ist, das es Länder auf der Welt gibt, in denen die Sonne mehr scheint als in Düsseldorf, und dass die mit Fotovoltaik, mit Sonnenenergie wirklich etwas machen können. Das ist eine Chance für eine gerechtere Welt und auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen, die man erkennen muss, die nichts damit zu tun hat, wie man den Klimawandel bewertet.

Dass man dies in Bausch und Bogen nicht erkennt, sondern meint, man kann den Menschen vorgaukeln, man könnte Kohlekraftwerke so weiterbetreiben, wie man will, und die Welt verändert sich nicht, ist keine Politik, die verantwortlich mit dem Thema, aber erst recht nicht mit den Menschen vor Ort umgeht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie noch einmal unterbreche. Der Abgeordnete Dr. Blex würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Guido van den Berg (SPD): Ich habe ja gesagt, ich trage im Zusammenhang vor.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das gilt für alle Zwischenfragen?

Guido van den Berg (SPD): Ja.

Ich glaube, diese Chance muss man sehen, muss man erkennen. Das nicht zu erkennen, ist fatal. Letztendlich geht es auch um Rohstoffeinsatz, meine Damen und Herren. Wir können uns an dieser Stelle von Importen unabhängiger machen, weil Sonne und Wind letztlich keine Rechnungen stellen. Das ist eine ...

(Dr. Christian Blex [AfD]: Dummes Zeug!)

– Natürlich ist das so. Im Gegensatz dazu machen Sie sich beim Erdöl und beim Erdgas, werter Herr Blex, von Regimen, von Ländern abhängig, bei denen man

durchaus die Frage stellen kann: Ist das eigentlich richtig? – Immer nur „dummes Zeug“ zu rufen, nützt nichts. Man muss sich mit Argumenten auseinandersetzen.

(Zuruf von **Dr. Christian Blex** [AfD])

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Die Entwicklungschancen, die es an dieser Stelle gibt, müssen Sie sehen. Das war mein Punkt. Ich komme aus einer Region, wo Menschen sehr verunsichert sind, was diese Transformationsprozesse jetzt angeht. Ich komme aus dem rheinischen Braunkohlerevier und bin, glaube ich, häufiger als die meisten Kollegen da auch mit Beschäftigten im Bergbau unterwegs und im Austausch. Ich würde mich nie dazu versteigen, denen vorzugaukeln – so, wie Sie es tun –, dass man einfach nur so weitermachen kann, und die Welt wird dann wieder gut.

Das ist – ich sage das mal brutal – eine national soziale Politik, die Sie an dieser Stelle versuchen zu betreiben. Das ist nichts, was dieses Land auf Dauer nach vorne bringen wird. Das ist nichts, was das Wohlstandsniveau, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf Dauer sichern kann.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist das eine Art und Weise, Politik zu betreiben, die in eine Sackgasse führt und die auch Betroffene in einer Art und Weise, natürlich mit Ängsten, einzufangen versucht, die nicht verantwortlich ist. Deswegen gehe ich immer in diese Betriebsversammlungen und sage: Ja, es wird anders werden.

Es ist eine faszinierende Geschichte, zu sehen, dass wir es künftig eventuell schaffen, unsere Energieerzeugung zu nahezu 100 % auf Erneuerbare umzustellen. Aber man muss es mit Augenmaß und Vernunft machen und sich deswegen nicht gegen die Entwicklungen sperren, sondern das Umgekehrte tun, nämlich sich aktiv in die Prozesse einbringen. Das ist die Aufgabe, die wir an dieser Stelle haben und die Belegschaften dann bereit sind mitzugehen. Sie machen das Falsche, wenn Sie Menschen etwas vorgaukeln.

Wir sind ein Land, dass dieses Thema Klimaschutz groß auf seine Fahnen geschrieben hat und dadurch auch eine Marke geworden ist. Wenn Sie einmal in anderen Ländern unterwegs waren – der Eigenname „Energiewende“ ist etwas, was in anderen Ländern eine Art Marke ist, worauf man angesprochen wird. Das ist etwas, was wir an dieser Stelle weiter ausbauen können. Wir dürfen es aber nicht mit Scheuklappen machen. Deswegen stimme ich den Einschätzungen, die es vorhin gab, zu, dass man das Ganze europäisch eingebunden haben muss und unter den Bedingungen eines europäischen Emissionshandels stattzufinden hat.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat am Ende 2,2 % – je nach Rechnung ist es immer etwas unterschiedlich – der weltweiten CO₂-Emissionen zu verantworten. Wenn wir dieses Land erfolgreich in eine Energiewende führen, aber am Ende die Wirtschaftlichkeit nicht betrachtet wird, wenn am Ende die Industrie weg sein sollte, wenn am Ende der Wohlstand weniger geworden ist, dann wird kein Land der Erde unserem Weg folgen. Deswegen ist unsere zentrale Aufgabe, unter den Bedingungen einer Industriegesellschaft diese Energiewende und diesen Klimaschutz zu betreiben. Das ist der zentrale und wichtigste Aspekt an dieser Stelle. Nur wenn wir das machen, werden andere uns folgen.

Ich sage auch denen, die immer nur mit Zahlen und immer neuen Grenzwerten unterwegs sind: Wenn ihr diesen Randparameter nicht betrachtet, wenn ihr das aus dem Auge verliert, werdet ihr auch für den Klimaschutz nichts erreichen. - Denn kein Land der Erde würde dann einem deutschen Vorbild folgen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von **Herbert Strotebeck** [AfD])

Ich sage Ihnen auch: Wir müssen an der Stelle selbstbewusst sein. Das ist eine Kraftanstrengung.

(Zuruf von **Christian Loose** [AfD])

Sie wissen, dass wir es in Europa, in Deutschland geschafft haben, die CO₂-Emissionen ein Stück zu senken. Ich sage bewusst „ein Stück“, weil darin noch ganz viel der Deindustrialisierung der DDR steckt, da es immer in Zahlen von 1990 gemessen wird, meine Damen und Herren.

(**Christian Loose** [AfD]: Seit 2009 erhöht!)

– Ja, weil wir natürlich auch Wirtschaftswachstum und Dinge haben, die Sie vielleicht schlecht finden, meine Damen und Herren, die wir in diesem Land aber gut finden, weil dadurch auch Menschen in Beschäftigung kommen, und weil man nicht ideologisch nur eine Zahl verfolgen darf.

(Zuruf von **Christian Loose** [AfD])

Es geht am Ende darum, dass wir eine industrielle Blaupause dafür liefern können, wie so etwas erfolgreich funktionieren kann. Das, was sich in der Welt automatisch durchsetzt, ist nicht automatisch gesagt. Während wir die Emissionen in Europa bekanntlich gesenkt haben, in der EU seit 1990 um fast 21 %, haben wir die Situation, dass wir in China eine Steigerung von über 330 % haben. Dann kommt immer das Argument: Europa hat ja historisch die Industrialisierung nach vorn gebracht und ganz viel emittiert; von daher muss man den anderen mehr Zeit lassen.

Meine Damen und Herren, selbst das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hat ausgerechnet, dass wir in knapp zehn Jahren die Summe aller durch China bis dahin verursachten CO₂-Emissionen den gesamten historischen Betrag sämtlicher EU-Länder überstiegen haben werden. Und wir haben die Situation, dass China noch bis zum Jahr 2030 nach dem Pariser Abkommen seine Emissionen steigern darf.

(Zuruf von **Dr. Christian Blex** [AfD])

Meine Damen und Herren, das Ding ist nicht gewonnen, um das ganz deutlich zu sagen. Gewonnen wird es nicht durch das Festsetzen neuer Zahlen, sondern dadurch, dass wir es schaffen, in Nordrhein-Westfalen ein industrielles Beispiel zu liefern, wie Klimaschutz funktionieren kann, was sich dann ökonomisch in die Welt hinausträgt. Alle anderen Geschichten führen in die Irre. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

* * *